

Diese konstruktiven Vorschläge wurden von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands mit einer Verschärfung ihrer Politik beantwortet, die gegen jede Verständigung, gegen jeden Abbau der Spannungen, gegen die Sicherheit in Europa gerichtet ist. Bonn wies die Verständigungsvorschläge zurück, die in der Neujahrsansprache des Vorsitzenden des Staatsrates unterbreitet wurden. Darin war der Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung, die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen durch beide deutschen Staaten sowie die Normalisierung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu allen Staaten der NATO beziehungsweise des Warschauer Vertrages vorgeschlagen worden. Unsere Partei ergriff eine wichtige Initiative im Kampf um die europäische Sicherheit mit folgenden Vorschlägen:

1. Schrittweise Herbeiführung einer Entspannung in Europa durch Vereinbarung von Rüstungsbeschränkungen, insbesondere durch den Verzicht aller nichtkernwaffenbesitzenden europäischen Staaten auf Kernwaffen in jeder Form;

2. Respektierung der bestehenden Grenzen und strikte Achtung ihrer Unverletzlichkeit; Verzicht auf jedes Streben nach Grenzrevision;

3. Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten einschließlich der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und den beiden deutschen Staaten.

Die Vorschläge der DDR bildeten den Kern der vom Weltfriedensrat auf seiner Genfer Tagung im Juni 1966 beschlossenen großen Charta der Sicherheit Europas. Mit ihren Vorschlägen unterstützte die Deutsche Demokratische Republik auch die verantwortungsbewußten europäischen Politiker, die bestrebt sind, Voraussetzungen für eine Konferenz über die europäische Sicherheit zu schaffen. Dabei gingen und gehen unsere Partei und die Regierung der DDR davon aus, daß die Bereitschaft, die Beziehungen zu unserer Republik zu normalisieren, ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um die Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit ist.

Zu Beginn des Jahres 1966 unterbreitete die Regierung der DDR weitreichende Vorschläge für einen Kernwaffenverzicht beider deutscher Staaten. Gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß erklärte sie am 8. Februar 1966 ihre Bereitschaft, eine Verpflichtung zum umfassenden Kernwaffenverzicht einzugehen, sofern auch die westdeutsche Bundesrepublik dazu bereit sei. Sie forderte die Bonner Regierung auf, gegenüber dem 18-Staaten-Abrüstungsausschuß eine gleiche Erklärung abzugeben.